

nehmes Verhältnis, vor dem alle aktiven Offiziere zu behüten sind. Wie weit es dann letzten Endes kommen kann, hat der Fall Brand im Krupp-Prozess gezeigt. Unsere scharf urteilende Zeit ist ohnehin leicht geneigt, in solchen Fragen zu übertreiben und dann ist der grosse Schaden für die Industrie da.

## 7. Allgemeine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie.

Der Ruf nach einer allgemeinen Verstaatlichung der ganzen Rüstungsindustrie wird in Parlament und Presse, Wissenschaft und Praxis erhoben, und doch muss über diese Forderung das Urteil abgegeben werden, dass sie recht oberflächlich aufgestellt und noch oberflächlicher begründet wird. Denn eine allgemeine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie ist in unserem Wirtschaftsleben technisch gar nicht durchführbar, sondern kann nur in der sozialdemokratischen Gesellschaftsordnung mit der Vergesellschaftlichung aller Produktionsmittel als praktisches Ziel gestellt werden. Es ist daher auch gar nicht überraschend, dass gerade die Sozialdemokratie diesen Gedanken am lebhaftesten befürwortet. In der Rüstungskommission habe ich in meinem Referat zu dieser Frage eingehend Stellung genommen; wenn daher an dieser Stelle die Hauptgesichtspunkte auch zusammengetragen werden, so lässt sich die Harmonie der Gedankengänge gar nicht vermeiden. Man erwartet von der Verstaatlichung eine Verminderung der Rüstungen, ein Ende des Wettrüstens. Aber diese Annahme ist falsch. Die Privatindustrie hat bei uns keinen Einfluss auf die Höhe der Rüstungen, auf Einführung technischer Neuerungen, insofern sie solche aufzeigen würde. Darüber entscheiden andere Faktoren und andere Gesichtspunkte. Was aber gegen die Verstaatlichung spricht, sind folgende Gründe:

1. Die Verstaatlichung würde ein äusserst gewagtes Experiment darstellen und müsste weit mehr Industriezweige umfassen, als die Befürworter ahnen. Wenn man nur ein Beispiel herausgreift: Verstaatlichung der Kanonenherstellung, so ergibt sich, dass dies ein technisches Unding ist; denn solche Rüstungsunternehmungen können gar nicht auf dem Kriegsmaterial allein fussen, sie müssen grosse Mengen Friedensmaterial erzeugen, um überhaupt rentabel arbeiten zu können. Die Herstellung gerade der grössten Kriegsgeräte lässt sich gar nicht trennen und herauscheiden von der Herstellung von Friedensmaterial. Wollte man einen solchen Versuch machen, dann würde bei einer ganzen Reihe von Artikeln eine Verteuerung von 100% und mehr eintreten, wie sich solches allein aus dem Umstande ergibt, dass z. B. unsere Eisenbahnverwaltungen trotz der jährlich höheren Aufträge keine eigenen